

«Das, was bei Franziska Biner geschieht, ist inakzeptabel.»



Matthias Reynard möchte für vier weitere Jahre in den Walliser Staatsrat.

Bild: pomona.media/Alain Amherd

«Es gibt immer mehr Menschen im Wallis, die ihre Prämien nicht mehr zahlen können.»

Interview: Rebecca Schüpfer und Armin Bregy

Matthias Reynard, Sie sind wohl der einzige Staatsrat, der erneut kandidiert und nicht nach Bundesbern will. Was sagt Ihnen das?
Dass ich nicht nach Bern möchte. Ich bin gern Staatsrat.

Sie waren 22 Jahre alt, als Sie Nationalrat wurden. Mit 34 Jahren wurden Sie Staatsrat. Letztens wurde über das Alter von Staatsratskandidatin Franziska Biner diskutiert. Sie sei jung, zu jung. War das bei Ihnen auch ein Thema?
Nein, nie. Bei mir diskutierte auch niemand über die angeblich fehlende Erfahrung für ein solches Amt. Vielmehr waren es meine Positionen, die zu reden gaben. Das, was bei Franziska Biner geschieht, ist inakzeptabel und passiert nur, weil sie eine Frau ist. In Sachen Gleichstellung hat das Wallis noch viel aufzuholen.

Sie sagen, dass der Staatsrat endlich wieder eine Frau braucht.
Klar. Ich hoffe, dass Franziska Biner gewählt wird. Die Walliser Bevölkerung wird durch eine reine Männerregierung nicht korrekt repräsentiert.

Hätten Sie auch eine Frau unterstützt, die weiter rechts steht?
Das wäre schwieriger. *(lacht)* Mit einer Frau aus der Mitte ist die Arbeit sicher einfacher.

Hätten Sie auch Sonia Tauss-Cornut von der FDP unterstützt?

Sie hätte zwar weit rechtere Positionen vertreten als Franziska Biner. Aber eine angemessene Vertretung der Frauen in der Walliser Regierung ist notwendig.

Angenommen, Sie wachen am Morgen auf und während der Nacht wäre ein Wunder geschehen. Das grösste Problem, das Sie hatten, ist gelöst. Welches wäre das?
Die Gesundheitskosten. Wir versuchen täglich, diese zu senken.

Bisher erfolglos. Sie als Gesundheits- und Sozialminister müssen sich mit den Krankenkassenprämien beschäftigen, mit den Spitalfinanzen, den Altersheimen und den Asylunterkünften. Haben Sie ein Dossier unterschätzt?
Nein. Mir liegen alle Dossiers. Aber ich muss gestehen, dieses Departement ist vielleicht das herausforderndste.

Das sagt doch jeder Staatsrat.
Ein erheblicher Teil des Kantonsbudgets fliesst in mein Departement – in diesem Jahr brutto rund 1,5 Milliarden Franken. Das schwierige finanzielle Umfeld bekommt daher vor allem das Gesundheitsdepartement zu spüren. Hinzu kommt, dass die Probleme im Gesundheitswesen vielschichtig sind.

Trotzdem haben Sie keine Lust, das Departement zu wechseln. Wieso?
Ich bin sehr zufrieden mit meiner Arbeit. Allerdings braucht es Zeit, um für die verschiedenen Dossiers nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Das Gesund-

heitssystem ist komplex, da viele verschiedene Akteure involviert sind. Dennoch macht es mir grosse Freude, mit Menschen zusammenzuarbeiten und gemeinsam Lösungen zu finden – das entspricht meiner Mentalität.

Sie sagen, Sie arbeiteten gern mit Menschen. Es gibt aber auch Menschen, die sagen, Sie seien nicht kritikfähig.
Als Staatsrat muss man kritikfähig sein. Kritik gehört zu unserem Alltag. Ich gebe zu, dass mir das am Anfang nicht leichtfiel. Doch ich habe dazugelernt. Während meiner Zeit als Nationalrat trug ich nie die direkte Verantwortung. Im Staatsrat ist das nun anders, und mit dieser Verantwortung wächst man.

Zurück zum Gesundheitswesen. In den letzten zehn Jahren sind die Krankenkassenprämien im Kanton um 42 Prozent gestiegen. 96'000 Walliser erhalten 2025 Prämienverbilligungen. Sie sagen bei jeder Gelegenheit, das System sei krank. Wann kollabiert es?
Wir brauchen Reformen – und zwar jetzt, dringend. Es gibt immer mehr Menschen im Wallis, die ihre Prämien nicht mehr zahlen können. Jedes Jahr muss der Kanton für die Prämienverbilligungen tiefer in die Tasche greifen. Auch für den Kanton wird diese Situation immer schwieriger.

Wie sieht Ihr Rezept aus?
Ich glaube nicht, dass es ein Rezept für alle Probleme gibt. Die Lösungen liegen auf Bundesebene. Dort ist die Lobby aber zu stark. Alle Reformen über Medi-

kamentenpreise, Krankenkassenprämien sind bislang wegen der Lobbyisten gescheitert.

Sie schieben die Verantwortung auf Bundesbern. Auch als Walliser Gesundheitsminister könnten Sie Akzente setzen und handeln.
Sicherlich können auch die Kantone etwas gegen die steigenden Kosten im Gesundheitssektor unternehmen. Zum Beispiel im Spitalbereich. Wir müssen die Operationssäle im Zentralwallis zentralisieren. Zusätzlich könnte man den Apotheken mehr Handlungsspielraum geben. Mit der Revision des Gesundheitsgesetzes ist diesbezüglich ein erster Schritt getan. Es braucht jedoch weitere Reformen.

Wieso zentralisieren Sie nicht die Spitäler im Unterwallis? Natürlich ist das nicht ganz einfach. Aber Sie könnten zumindest die Debatte darüber lancieren. Sie findet bisher nicht statt.

Zur Person

Matthias Reynard stammt aus Savièse und wurde mit 22 Jahren in den Nationalrat gewählt. Dort war er zehn Jahre lang, bis er vor vier Jahren für den Staatsrat kandidierte und seither in der Walliser Regierung politisiert. Er machte die Matura am Kollegium Les Creusets in Sitten und studierte anschliessend Französisch, Geschichte und Philosophie. Vor seinem Amt als Nationalrat war er Lehrer.

Das stimmt so nicht. Und Sie vergessen eine entscheidende Frage: Wo gehen wir mit den Patienten, wenn wir die Spitäler in Siders oder Martinach schliessen? Unsere Spitäler sind voll. Wir müssen die Patienten versorgen.

Wenn Sie so argumentieren, wird nie eine ernsthafte Diskussion über die Zentralisierung der Spitäler im Unterwallis geführt werden können.
Wir führen diese Debatte seit einiger Zeit. Bereits die früheren Staatsräte Thomas Burgener und Esther Waeber-Kalbermaten haben die Diskussion über eine mögliche Zentralisierung der Spitäler angestossen. Seit 2014 steht der Entscheid des Staatsrats fest: Wir wollen eine Zentralisierung, und wir setzen dieses Vorhaben um. Die Bündelung aller Operationssäle in Sitten wird realisiert. Das ist kein einfacher Prozess. Der Druck auf meine Person und das Departement ist gross.

Also bestätigen Sie, dass Sie die Zentralisierung umsetzen werden?
Ja. Wir haben bereits kleinere Spitäler wie jenes in Montana geschlossen. Und dasjenige in Monthey wurde mit dem Hôpital Riviera-Chablais (HRC) zusammengelegt. Die Spitäler Sainte-Claire (Siders) und Gravelone (Sitten) wurden in Pflegeheime umgebaut. Und ich sage klar, dass das Spitalzentrum Oberwallis beim Zusammenschluss der Standorte vorbildlich vorgegangen ist. Es ist ein Modell, auf das man in

Zukunft auch im Unterwallis hinarbeiten muss.

Das Spitalzentrum Oberwallis schreibt in der Regel schwarze Zahlen, im Unterwallis gibts tiefrotes. Wenn Sie den Unterwallisern sagen, macht es wie das Oberwallis – wie reagieren die Leute?
Manche verstehen es und manche verstehen es nicht. Aber das ist nicht mein Problem. Wir ziehen unseren Plan durch.

Die finanzielle Lage spitzt sich auch für Walliser Alters- und Pflegeheime zu. Für dieses Jahr rechnet die Mehrheit aller Heime mit einem Defizit. Alarm schlug zuletzt Avalems – der Dachverband der Walliser Alters- und Pflegeheime.
Die Situation für die Alters- und Pflegeheime ist schwierig. Vor allem die Teuerung macht den Heimen zu schaffen. Wir haben bereits zwei Erhöhungen bei den anerkannten Preisen vorgenommen. In den nächsten Monaten wird es wahrscheinlich eine weitere geben. Wichtig ist, dass wir dabei allen gerecht werden. Wenn wir die Pensionspreise erhöhen, sind die Heime und der Dachverband Avalems zufrieden. Die Bewohner und Familien aber weniger. Es braucht ein Gleichgewicht.

Im Wallis liegen die Maximalkosten pro Bewohner bei 137 Franken. In anderen Kantonen liegt dieser Betrag bei 180 Franken. Es gäbe noch Spielraum.
Das stimmt. Wir können stolz